

# Dresdner Volkszeitung

Hauptkontor: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptkontor: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Markant und Dresden-Außadt

Abonnementpreise: monatlich 18.000,- M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 600,- M., Einzelnummer 1000,- M., Sonnabendnummer 1500,- M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die halbspaltige Nonpareilzeile 2500,- M., auswärts 3000,- M., die halbspaltige Restzeile 12000,- M., auswärts 14 600,- M., Ausland 10 000 u. 20 000 M. Bei mehrmaliger Aufgabenermäßigung, Familienangehörigen, Stellen- u. Mietangelegenheiten 40 Proz. Rabatt. Für Briefwechsel, 1000 M.

Nr. 164

Dresden, Dienstag den 17. Juli 1923

34. Jahrg.

## Arbeitsrecht und Bodenrecht

In früheren Artikeln haben wir anerkannt, daß die Bodenreform, wie sie von der von Damajacke geführten Richtung erstrebt wird, und die auf eine Konfiszierung der Grundrente — der ohne eigenes Verdienst nur auf Grund ihres Monopols an Bodenbesitzern allen Nichtgrundbesitzern auferlegten indirekten Steuer — hinausläuft, eine gute Wirkung auf unsere Volkswirtschaft haben würde. Sie könnte die Kleinrenten und die Wiedereverteilung der heute in den großen Industriezentren oft arbeitslos zusammengeballten Menschenmassen aufs Land, die Vermehrung der Lebensmittel fördern — aber nicht nur allein, sondern schon vor uns viele andere geistige Aufgaben lösen, weil diese Bodenreform im Verhältnis der Arbeiter zum Industriekapitalisten keine Milderung einleitet.

In der von der Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegebenen Schrift: **Arbeitsrecht und Bodenrecht**. Ein Mahnruf an alle Gewerkschaften und Parteien, von Heinz Potthoff, München (48 Seiten), wird die Lösung der Bodenfrage behandelt. An der Kritik der heutigen Zustände von Damajacke und Potthoff ist ja nichts zu mähen. Mit Recht sagt letzterer in der erwähnten Schrift, daß durch Selbsterhaltung und Abwägung der Bodenwerte und Bodenbesitz ins Schwanken gekommen sind, und daß fest (oder nie möchten wir nicht sagen) die Möglichkeit einer umfassenden Bodenreform gegeben und diese eine Schicksalsfrage für Deutschland ist. Die Befreiung der Bodenrente hat bisher bewirkt, daß Grundbesitzer und Bodenbesitzer noch nicht der allgemeinen Preisbewegung folgen konnten, aber sie haben bereits begonnen, den Verhältnissen entsprechend hinauszurücken. Die Aufgabe ist, sie durch gesetzliche Maßnahmen niedrig zu halten, denn das ist viel leichter, als eine überhohe Grundrente wieder herabzubringen. Dazu ist die Umwertung des Bodens von Goldwert auf Papierwert zu verhindern und damit zugleich die Kapitalisierung einer erhöhten Grundrente.

Dies soll durch das „Bodenvermögen“ geschehen, hinter

das sich auch einstimmig der „Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättengesetz“ gestellt hat. Der Entwurf dieses Gesetzes enthält drei sehr wichtige Grundgedanken: Jede Gemeinde soll Bodenbrotwirtschaft zu Siedlungszielen treiben; hierzu erhält sie ein weitgehendes Enteignungs- und Ankaufsrecht; als Preis zahlt sie einen „gerechten Preis“. Dieser „gerechte Preis“ aber soll von der Einschätzung zum früheren Wehrbeitrag ausgehen. Das war ein Goldwert, der in den meisten Fällen erheblich unter dem Verkaufspreis von 1913 blieb. Wenn zu diesem Preise alle Gemeinden zahlreiche Grundstücke ankaufen oder enteigneten, müßte nach Potthoff das Ziel einer Niedrighaltung der Bodenpreise erreicht werden. Freilich läßt er dazu noch eine Übergangszeit, der allgemein und sofort den Goldpreis von 1913/14 nicht zum gerechten, sondern zum allein zulässigen Bodenpreis macht, verbunden mit einer Beschränkung der freien Veräußerung, die den gewinnreichen Handel mit dem Heimathoden ein Ende macht.

Mit Recht befaßt sich Potthoff für seine Vorfälle auch auf Karl Marx, der das Monopol des Grundeigentums als die fortwährende Grundlage der kapitalistischen Produktion, als die Basis des Kapitalmonopols erklärt und die Vorteile des für jedermann zugänglichen Bodens im Schlußkapitel des ersten Bandes des „Kapitals“ geschildert hat. Was wir gegen diese Widerstände der Besitzenden durchsetzen können, verleiht durch einen wirklich demokratischen Reichstag, dann lassen sich auch noch radikalere und schneller wirkende Grundzüge zur Geltung bringen, wie sie eben auch in dem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten und sicher später noch auszubauenden Antrag enthalten sind. Wenn auch in ihren Wirkungen langamer, werden die Bestrebungen der Bodenreformer in den Kreisen derer, die in ihren „wohlerworbenen“ Ausbenteilsrechten gekränkt werden sollen, ebenso großen Widerstand finden, wie die sozialdemokratischen Bestrebungen.

## Faschismus ohne Theorie

Der nachfolgende Artikel stammt aus der Feder eines italienischen Genossen und beleuchtet die schwammigen Grundzüge der faschistischen Gedankenwelt. Was hier vom Lager der italienischen Schwarzschmiedler gesagt wird, gilt in betraute noch stärkerem Maße vom deutschen Faschismus. Auch seine Gedanken, sofern davon die Rede sein kann, sind zusammengefaßt aus allen möglichen Parteiprogrammen. Auch seine politischen Forderungen ergeben ein Mosaik, indem sich so ziemlich alle Farben und Parteien gegenläufig mischen. Er kämpft angeblich gegen den Kapitalismus und gleichzeitig gegen die Arbeiterbewegung. Er gebietet sich national und tritt als internationale Erscheinung auf. Er bekämpft die freihändlerischen Gesinnungen der Arbeiter und ist bereit, sich zu diesem Zweck mit den Faschisten der Tscheko-Slowakei oder anderer benachbarter Länder zu verbinden. Und so kommen denn auch seine Ideologie, sein Ethos, seine an die Öffentlichkeit gerichteten Kundgebungen auf ein schauerhaftes Phrasengemenge hin aus. Schon dieser Mangel einer einheitlichen Weltanschauung, einer theoretischen Untermauerung kennzeichnet ihn als eine Erscheinung des Chaos, als eine Erscheinung, die in sich zerfallen muß, wenn der allgemeine europäische Weltzustand einmal einer Klärung der Weltprobleme, einer Festigung des politischen und sozialen Bodens weichen muß.

Es ist eine Alltagserscheinung, daß Leute, die nicht Latein können, eine besondere Vorliebe für lateinische Sätze haben. Die meisten streben eben danach, zu scheitern, was sie nicht sind. Ähnlich geht es dem Faschismus mit seinem bornierten Streben nach theoretischer und prinzipieller Grundlage. Der Faschismus ist Praxis: es gibt eine faschistische Praxis, eine faschistische Methode, aber keine faschistische Theorie. „Wir wollen Staat werden“, hat seinerzeit Mussolini verkündigt, d. h. wir wollen uns des Staates bemächtigen; dieses absolut praktische Programm war nicht das Mittel, sondern der Zweck. Man wollte sich nicht des Staates bemächtigen, um diese oder jene Staats- oder Wirtschaftsform zu verwirklichen, sondern verwirklichte vielmehr, sobald man einmal in den Besitz des Staates gelangt ist, jene Staats- und Wirtschaftsform, die geeignet ist, diese Weltvergehung zu festigen, oder verliert doch, sie zu verwirklichen.

Die Theorie hat mit der ganzen Sache nichts zu tun, aber der Faschismus sucht nach einem theoretischen Gehalt. Eine Zeitlang wurde als Surrogat dafür die physische Beschaffenheit und Stimmungslage Mussolinis dargeboten. In jeder seiner „politischen“ Reden machte uns der Ministerpräsident mit seinen Neigungen, Vorlieben, Gewohnheiten und Wünschen bekannt; wir erfuhr, daß er das hohe Spiel der Verantwortung liebt, daß sein Leben ihm nur lebenswert ist, sobald es Gefahr einschließt, daß in die körperliche und geistige Arbeit reizt, daß er gern demütig wäre, aber nichts um sich sieht, was ihm Demut einflöße usw. Das ist Individualpsychologie, aber kein Parteiprogramm.

Nun hat aber der amerikanische Botschafter in Rom in einer Tischrede den Faschismus Enthüllungen über sich selbst gemacht. Er hat den Faschismus als höchsten Ausdruck des Individualismus verherrlicht, hat die Stärke des Staates aus der freien Entfaltung der Leistungsfähigkeit des einzelnen abgeleitet und hat die Staaten untergeordnet in solche, in denen das Individuum alles von sich selbst und der eigenen Kraft erwartet, und jenen, in denen der einzelne sich als schuldlosere des Staates fühlt. Aus starken, freien und mutigen Individuen fügt sich der starke, freie und gediehene Staat.

Mussolini hat mit Begeisterung der amerikanischen Definition des Faschismus beigepflichtet, die in eine Verherrlichung des Sports als Mittel der Erziehung der Jugend ausklang. Und der Ministerpräsident Glauco jetzt in allem Ernst, in dem Individualismus die Formel des Faschismus gefunden zu haben. Ihm gefallen kräftige Curiclen, die mit guten Muskeln und geringen Strapazen den Knäuel gegen weniger kräftige handhaben; also war er immer Individualist, der das Individuum entfaltete sehen will und die Stärke des Staates nur erstrebt, soweit sie aus der Kraft und Freiheit des einzelnen quillt und sich mit dieser verträgt. Und vor lauter Freude über die Definition amerikanischer Fabrikmarke vergißt Mussolini den starken Staat, der die Hingabe des Individuums fordert, vergißt die Hierarchie, das Gottvertrauen, das Verbot der Selbsthilfe für die Arbeiterschaft, der der Schutz von oben versprochen wird, wenn sie nur beim Faschismus ausharrt, vergißt die Verneinung der Freiheit, die er als verwesenden Körper bezeichnen hat, die Knebelung des freien Kampfes der Ideen.

Der Faschismus ist nicht individualistisch: er ist wohl für das freie Spiel der Kräfte zwischen Kapital und Arbeit, aber die Freiheit soll auf der Seite des Kapitals bleiben. Wenn Mussolini die Worte des amerikanischen Botschafters wie eine Enthüllung erscheinen sind, so war das einfach, weil er sich bemüht wurde, daß ihm an seiner individuellen Freiheit und ungehemmten Selbstständigkeit gewaltig viel gelegen ist, so viel, daß er das daraus entpringende Gefühl der Kraft und Selbstherrlichkeit geradezu identifiziert mit der Kraft und Selbstherrlichkeit des Staates. Aber von der individuellen Freiheit der „anderen“, der Untertanen, der unteren Schichten des hierarchischen Gebäudes, das im Ministerpräsidenten spiegelt, will der Faschismus nichts wissen: diese sollen der Obrigkeit untertan sein, sollen an Gott und Mussolini glauben und ihre Arbeit tun! Der Faschismus erstrebt nicht die freie Entfaltung des

## Die schuldige Gefängnisverwaltung

Laut Müttermeldungen wurden aus Anlaß der Flucht des Kapitänleutnants Ehrhardt am Montag fünf Oberwachmeister der Dresdner Gefangenanstalt nach Leipzig abkommandiert, um in der dortigen Gefangenanstalt den Dienst zu übernehmen.

Eine große Fahrlässigkeit der Gefängnisverwaltung muß darin gesehen werden, daß Frau Ehrhardt ihren Mann jederzeit besuchen konnte, ohne daß ihre Unterhaltungen ständig in dem notwendigen Maße überwacht wurden. Man nimmt an, daß Frau Ehrhardt dem Gefangenen Schlüssel in die Hände gespielt hat, die er für seine Flucht verwandt hat. Wie wir hören, besteht auch gegen den Anhaltsgenossen Ehrhardt der Verdacht, an der Befreiung Ehrhardts mitbeteiligt zu sein.

## Die Münchener Helfershelfer

Wie die Vossische Zeitung erklärt, ist am Sonnabend die Münchener-Baling wohnhafte Prinzessin Margarete Hohenlohe-Dehringen von den Organen der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Die Prinzessin wird zusammen mit dem Prof. Karl Schöffler und dem Leutnant z. S. Ludwig Besold, seinerzeit dem General Wittig und dem jetzt entlassenen Ehrhardt Unterkunft gewährt zu haben. Die Prinzessin hat sich darüber hinaus noch des Meineides schuldig gemacht, indem sie aus sagte, daß sie Ehrhardt nicht kenne. Sie hat diese Aussage, als ihr das Gegenteil nachgelesen wurde, dann widerrufen. Durch die Flucht Ehrhardts ist das Justizministerium zu der Ansicht gekommen, daß auch bei der Prinzessin Fluchtverdacht bestehe, weshalb ihre Verhaftung erfolgte. Der auf den 23. Juli angelegte Termin gegen die drei Angeklagten soll nach Möglichkeit an diesem Tage abgehalten werden.

## Nach Leipzig übergeführt

München, 16. Juli. Die in den Prozeß Ehrhardt verurteilte Prinzessin Hohenlohe-Dehringen ist unter der Bewachung der Begünstigung auf Grund eines Haftbefehls des Oberreichsanwalts nach Leipzig übergeführt worden.

## Die Hitlerleute als Notpolizei?!

München, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das Vorgehen der Polizei gegen die Hitlergarde und gegen die von ihr mißbrauchten Turner hat die nationalsozialistische Parteileitung und die mit ihr sympathisierenden rechte Münchener in große Entrüstung versetzt. Die bayerischen Verbände Münchens lassen durch ihr Leitblatt, die Münchener Zeitung, verkünden, daß sie bei Krümmung des Weges vorstellig werden wollen, und das genannte Blatt knüpft an diese Mitteilung den Satz: „Die Art, wie die Schugleute vorgegangen sind und deutsches Blut vergossen wurde, ist tiefverleumderisch“. Hitler selbst hat noch am Sonnabend abend ein Telegramm seines bayerischen Beobachters herausgegeben, in dem er in einem Offenen Brief an die bayerische Regierung

den allerhöchsten Einspruch erhebt und die Erklärung abgibt, daß er und seine Partei es nun ablehnen, der Regierung fernerhin als Notpolizei zur Verfügung zu stehen. Seine Partei könne aus Pflichtgefühl und dem deutschen Volke gegenüber nicht eine Regierung unterstützen, deren Behörden sich als Schützer des „uns verheerenden Judentums“ und zur blutigen Bekämpfung der nationalen Bewegung hergeben. Damit hat Hitler in seiner Büt offenbar aus der Schule geputzt. Der Verhalt es sich in der Tat so, daß die bayerischen Reichstruppen von der bayerischen Regierung und, was wohl wahrscheinlicher ist, von der Polizeidirektion München als Notpolizei verpflichtet worden sind, denn man sieht dies als einen unerhörten Skandal bezeichnen, der politisch nicht ohne Folgen bleiben dürfte.

Hitlers Versuch, das Turnfest für seine Zwecke zu erobern, ist im übrigen völlig mißglückt. Die für Montag angelegte Versammlung wurde verboten. Ein starkes Schumannsangebot bildete die Zugänge zum Zirkus Krone. Der Vossische Beobachter ist auf acht Tage verboten, seine beiden letzten Nummern wurden beschlagnahmt. Verhängend wird die bewegliche Anlage in der Sonnabend-Nummer dieses Blattes, daß die Festleitung des Turnfestes den Schützer der deutschen Heimat, Rudendorff, erst am 14. Juli sozjologen als letzten Gast eingeladen habe, während kro. Soziale Liganindianer verhaftet wurden. Der Einbruch der bayerischen Polizei auf das Turnfest beschränkte sich im übrigen nach dem kläglichsten Fiasko am Sonnabend auf die nächtliche Eroberung einer Schwarzrotgoldenen Fahne auf einem Mast des Hauptbahnhofs.

## England informiert Amerika

London, 16. Juli. Auf Anfrage teilte Ministerpräsident Baldwin im Unterhaus mit, daß beabsichtigt werde, den Entwurf der Antwort an Deutschland, der sich gegenwärtig in Vorbereitung befindet und den Alliierten vorgelegt werden soll, auch der Regierung der Vereinigten Staaten mitzuteilen. Eine Verständigung zwischen britischen und amerikanischen Vertretern über die Frage der Reparationen und die gegenwärtige europäische Lage habe nicht stattgefunden.

Die englische Presse stellt erneut die Frage: Unnachgiebigkeit Frankreichs seit, die aus Poincarés Rede am Sonntag hervorgehe. Daily Chronicle schreibt: Poincaré erzählt uns im voraus, er beabsichtige, den britischen Antwortentwurf abzulehnen und Großbritannien müsse dem Votum in jeder Beziehung folgen. Können wir unter diesen Umständen die Orientale aufrecht erhalten? — Daily News schreiben: Die Rede Poincarés mache Frankreichs Standpunkt nicht weniger unhaltbar als bisher und andere nichts daran, daß er einen Ausweg suchen müsse. — Daily Herald schreibt: Da der französische Ministerpräsident mit so lauter Stimme rufe, müsse England befehlen, dem französischen Volke zu zeigen, daß die französische Politik außerhalb Frankreichs keine Unterstützung finde.

Paris, 16. Juli. Man verliert kategorisch: Nach dieser Rede Poincarés wissen Baldwin und Curzon, daß das Ruhrgebiet nicht geteilt wird, ohne daß Frankreich bezahlt sei, sowie daß Frankreich nicht zulassen werde, daß die Reparationskommission durch einen jener internationalen Sachverständigenausschüsse ersetzt werde, die nach dem Ausdruck Poincarés eine gegen Frankreich gerichtete Koalition von Interessenten darstelle.